Gero Fischer

Die Hochschulpolitik versucht ohne nennenswerte zusätzliche Finanzierung, ohne Ausweitung der Kapazitäten, ohne Verbesserung der Betreuungsverhältnisse der steigenden Nachfrage nach Studienplätzen entsprechen, nebenbei noch die Qualität der Lehre zu steigern zu können ... Ein zukunftsweisendes nachhaltiges Konzept ist nicht erkennbar. Um das System überhaupt in Gang zu halten steigert sich um so hektischeres Patchworking. Die Studienplatzfinanzierung ist Teil davon und keine nachhaltige Lösung der Hochschulproblematik.

Vorbemerkung

Das laufende Studienjahr ist zumindest durch zwei Ereignisse markiert: Durch das definitive Auslaufen der Diplomstudien und durch Neuregelungen der Aufnahmeverfahren im Zuge der Studienplatzfinanzierung, die – so die hoffnungsvolle Erwartung – die Kapazitätsprobleme der Universitäten lösen soll. Um es vorweg zu nehmen – eine Verbesserung der Studienbedingungen ist hingegen nicht in Sicht oder vielleicht nicht einmal (mehr) beabsichtigt.

Auslaufen der Diplomstudien

Die Modalitäten des Auslaufens der Diplomstudien sind ein Thema für sich und öffnen ein breites Feld für Kritik an Hochschulpolitik und Hochschulverwaltung mit diesen Umstellungen fertig zu werden. Vorhersehbare und vermeidbare Kalamitäten sind eingetreten, die Verwaltung ist überfordert, alle Beteiligten, Verwaltungspersonal, Studierende, Lehrende sehen sich unnötigem Stress ausgesetzt. Dass das Ende des Diplomzeitalters nahte, war seit Jahren bekannt. Warum aber wurde keine praktikable Exitstrategie entwickelt, die es erlaubte neben dem "Alltagsgeschäft" eine ruhige, transparente und unchaotische Abwicklung der Diplomstudien zu ermöglichen? Tatsache ist, dass z.B. Studierenden geradezu inflationär sich ändernde Prozeduren (der Einreichung der Diplomarbeiten, der Prüfungsanmeldungen etc.), Habilitierten Prüfungsmarathons und nicht zuletzt der Administration Mehrbelastungen bisher ungekannten Ausmaßes zugemutet werden etc. um den Termin des Auslaufens der Diplomstudien (30.4. 2013) einhalten zu können.

Besonders zu kritisieren ist das Management der Abschlussprüfungen: Um den (hausgemachten) Stress der Prüfenden (sie absolvieren oft mehrere Prüfungen hintereinander) zu mildern, wurde in verschiedenen Studienrichtungen verfügt, die Dauer der Abschlussprüfungen um ein Viertel (in einigen besonders überlaufenen Studienrichtungen sogar um die Hälfte) zu kürzen. Dies hat nicht zu unterschätzende Auswirkungen auf den Verlauf der Prüfungen und ist auch extrem unfair gegenüber den Studierenden und stellt nicht zuletzt im Grunde eine Abwertung des Studienabschlusses dar. Diese Prüfungspraxis hat zur Folge, dass im Verlauf der Prüfung kaum Zeit bleibt, die Diplomarbeit gebührend zu präsentieren, dass Prüfungsinhalte des Fachgebietes extrem verkürzt werden müssen und dass komplexere Sachverhalte gar nicht mehr dargelegt werden können. Der Prüfungsdiskurs verkommt nicht selten zu guizartiger Faktenhuberei, für akademischen Diskurs bleibt kaum Raum. Der Stress im Zusammenhang mit dem Ende des Displomstudiums produziert weitere Kollateralschäden: Generell gehen Verzögerungen im System der Verwaltungsprozeduren ausschließlich zu Lasten der Studierenden: Wenn z.B. jemand rechtzeitig die Diplomarbeit einreicht, Begutachtung und Bearbeitung aber zu lange dauern, oder - solche Fälle sind bereits dokumentiert - wenn Prüflinge (oder auch Prüfer) erkranken oder wenn sie die Abschlussprüfung wiederholen müssen, alles Fälle, in denen die Deadline (d.h. Studienabschluss inklusive Ablegung der Diplomprüfung) nicht eingehalten werden kann, dann ist ein Abschluss des Diplomstudiums nicht mehr möglich. (Einige betroffene Studierende haben bereits den Rechtsweg angekündigt, ob sie damit reüssieren ist fraglich). Die Konsequenzen für die Betroffenen sind in der Tat fatal: Ein Übertritt in das MA-Studium ist zwar möglich, aber die Diplomarbeit verfällt, sie wird nicht als MA-Thesis anerkannt und muss nach der derzeitigen Gesetzeslage neu verfasst werden. Ein MA-Studienabschluss würde dann noch u.U. einige Semester in Anspruch nehmen, da bei den Anrechnungsprozeduren mit allerlei Reibungsverlusten zu rechnen ist. Vielfach sind sich die Prüfer dieser Kausalkette bewusst und steuern

das Prüfungsgeschehen bzw. die abschließende Beurteilung entsprechend – sicherlich auch nicht ganz korrekt. Aber: Warum wurden von den Verantwortlichen keine Übergangsregelungen getroffen, die solche Absurditäten ausschließen? Wurden solche Eventualitäten von niemandem bedacht?

Ausweitung der Aufnahmeverfahren an den Universitäten

Nahezu gleichzeitig zum überhasteten und verpatzten Finale des Diplomstudiums wurde die Ausweitung der Aufnahmeverfahren vor dem Hintergrund der Studienplatzfinanzierung in Aussicht gestellt. Man kann es gleich vorwegnehmen: Die Zulassungsbeschränkungen werden trotz Studienplatzfinanzierung keinesfalls akzeptable Studienbedingungen oder ordentliche Betreuungsverhältnisse garantieren. Vielmehr müssen Studierende, die zum Studium zugelassen sind, nach wie vor Wartezeiten auf Grund mangelnder Kapazitäten (wie Seminar-, Laborplätze u.ä.) und fehlender personeller Ressourcen in Kauf nehmen. In einer Stellungnahme kritisieren die Vizerektoren in der Universitätenkonferenz meines Erachtens völlig zu Recht diese von der Regierung zu verantwortenden Bedingungen, weil sie "zum sozialfeindlichsten System [führen], das wir haben"¹. Einige Universitäten führen Aufnahmeverfahren nicht durch, wurde wenigstens hier bedacht, welche Folgen diese Sonderwege (z.B. von Aufnahmeverfahren bedingter Studientourismus) zeitigen werden? Wenn die Qualität der Schlussphase des (Diplom-)Studiums bzw. die Qualität der Ausbildung künftiger Studentengenerationen vordringliches Ziel der Hochschulpolitik wäre, müssten im Prinzip andere (d.h. intelligentere) Maßnahmen gesetzt werden als simple Inputsteuerung. Was derzeit vorgeführt wird, ist ein möglichst billiges Abfertigen von Absolventen und ein Trend zur Abwehr von Studierwilligen. Unerträgliche Studien- und Arbeitsbedingungen an den Universitäten werden nicht korrigiert sondern einfach akzeptiert und weitergereicht. Ganz dezidiert: Wo bleibt da die Verantwortung, die die Hochschulpolitik für die Universität und für die Studierenden zu tragen hat?²

Zu den Neuerungen des Uni-Zuganges

Das neue um einige Elemente erweiterte Aufnahmeprozedere gilt vorerst für besonders überlaufene Studien (Architektur, Biologie, Informatik, Pharmazie, Wirtschaftswissenschaften) und enthält folgende Komponenten: Online-Anmeldung (innerhalb einer gegebenen Frist), Motivationsschreiben, Selbsttest und eigentlicher Aufnahmetest. Dazu einige Anmerkungen:

Online-Anmeldung

Die Online-Anmeldung hat sich nicht als besonders effizientes Mittel zur Zugangssteuerung erwiesen, es trifft die Studienwerber, die die Frist übersehen und setzt diejenigen unter Druck, die einen Auslandsaufenthalt, ein Praktikum o.ä. planen. Die Online-Anmeldung aber nur Teil eines ganzen Paketes von Steuerungsmaßnahmen.

Motivationsschreiben

An und für sich ist es keine schlechte Idee, von den Studienbewerbern explizit formulierte Überlegungen zu verlangen, in denen sie zeigen, dass sie sich schon vor der Inskription mit dem Fach auseinander gesetzt haben, was sie sich vom Studium erwarten, warum sie gerade eine bestimmte Studienrichtung gewählt haben etc. Ein solcher Text hat aber nur dann einen Sinn, wenn er ausgewertet wird (wie das an Elite-Unis die gängige Praxis ist), die Bewerber zu einem Interview eingeladen werden, wo sie dann zu ihrem Studienvorhaben Stellung nehmen. Unter den österreichischen Verhältnissen ist ein solcher Zugang schwer vorstellbar. Es kann als so gut wie ausgeschlossen gelten, dass die Motivationsschreiben auch tatsächlich gelesen werden – das extreme numerische Missverhältnis zwischen Bewerbern und Habilitierten (diese Qualifikation wird an wohl als Standard für die Bewertung der Motivationsschreiben bzw. für die Durchführung von Interviews ansetzen müssen) erübrigt (außer in kleinen Studienrichtungen) jegliche weitere diesbezügliche Diskussion. Bei größeren Studienrichtungen würden u.U. pro Habilitierten Hunderte von Motivationsschreiben und Interviews anfallen, was einfach nicht zu bewältigen wäre. Abgesehen davon kann so eine Mehrar-

-

¹ "Vizerektoren gegen neuen Uni-Zugang" in: Wiener Zeitung, 6.3.2013

² Vgl. meinen Beitrag Wie lange denn noch? (2012)

beit nicht "kostenneutral", d.h. von den Betroffenen unentgeltlich geleistet werden. Es lässt sich von diesen Voraussetzungen darauf schließen, dass in Wirklichkeit die Tausenden Motivationsschreiben voraussichtlich zur völlig bedeutungslosen Formalität verkommen und damit jegliches avisierte Steuerungspotenzial einbüßen werden. Es kann auch angenommen werden, dass bald im Internet Plattformen entstehen, wo man sich Muster oder diverse (mehr oder weniger fertig ausformulierte) Inspirationen zu Motivationsschreiben herunter laden kann und sich die Reflexion über das Studienvorhaben bzw. die konkrete eigene Formulierungsarbeit sparen kann …

Self-Assessment-Test

Nach den Vorstellungen der Politik sollen Studienanwärter an Hand von Self-Assessment-Tests selbst herausfinden, ob sie für die gewählte Studienrichtung geeignet sind. Das ist sicherlich in jeder Hinsicht die billigste Lösung. Jedoch muss klar sein, dass das Internet eine professionelle individuelle Beratung nicht ersetzen kann. Eine solche kommt ohne qualifiziertes Personal und entsprechende finanzielle Mittel nicht aus.

Einheitliche Aufnahmetests

Ab kommenden Herbst können die Universitäten den Zugang zu stark nachgefragten Studienfächern in Eigenregie beschränken. Zugangssteuerungsmechanismen treten in Funktion, wenn sich mehr Studierende anmelden, als es Studienplätze gibt³ Aufnahmeverfahren sollen an allen betroffenen Uni-Standorten am gleichen Tag stattfinden. Da diese Tests nur einmal im Jahr veranstaltet werden, hat das zur Folge, dass Präsenz-/Zivildiener sich schon ca ein Jahr früher dieser Prozedur unterziehen müssen (wenn sie nicht unnötig Zeit verlieren wollen bzw. sich Warteschleifen nicht leisten können oder wollen). Hinsichtlich des Inhalts dieser Tests ist bekannt, dass sowohl Allgemein- als auch Fachwissen abgefragt wird, außerdem soll es mathematische und sprachliche Aufgaben sowie "Verständnisfragen" (was immer das auch sein soll) geben. Was die allgemeine Studierfähigkeit (ein im Grunde sehr vager und durchaus kontroversieller Begriff) und die allgemeinen inhaltlichen Elemente der Aufnahmetests betrifft, so wäre interessant zu wissen, ob eine Koordination mit der neuen Zentralmatura angedacht wurde, die sich ja explizit zum Ziel setzt, (besser als bisher) für das Studium vorzubereiten⁴. Was studienfachspezifisches Wissen betrifft, das für die Aufnahmetests relevant ist, so müsste auch diskutiert werden, wo dieses erworben werden kann. Es kann davon ausgegangen werden – der Markt ist ja sehr aufgeweckt –, dass sich je nach Nachfrage private Anbieter für entsprechende Vorbereitungskurse finden werden (für das Medizinstudium sind solche Angebote um ca. €3000 zu haben, in der Tschechischen Republik ist dieses Geschäftsfeld schon längst entwickelt). Womit wir wieder bei der Frage der sozialen Verträglichkeit angelangt sind.

Schlussbemerkungen

Das Hochschulwesen befindet sich schon seit vielen Jahren im Würgegriff finanzieller Restriktionen und neoliberaler Sanierungskonzepte. Die Politik ist nicht im Stande (oder offenbar auch nicht willens), die benötigten materiellen, personellen und finanziellen Voraussetzungen für Studien- und Forschungsbedingungen bereit zu stellen, die den österreichischen Universitäten nachhaltig einen Platz unter den führenden Universitäten auf internationalem Parkett sichern. Derzeit jedenfalls ersetzt chronisches Krisenmanagement systematische Planung und zielgerichteten Auf- und Ausbau des tertiären Bildungsbereiches.

Was die Frage der Qualität des Studiums betrifft, so liegt der Lösungsansatz in der wesentlichen Verbesserung der Betreuungsverhältnisse, der Arbeitsbedingungen für die Studierenden wie für das gesamte Hochschulpersonal, sowie der Infrastruktur (universitäre Dienstleistungen wie Bibliotheken, EDV-Einrichtungen, Labors etc.) und weit weniger in der Existenz bzw. den Aktivitäten von diversen Qualifikationsagenturen. Sind die Rahmenbedingungen gegeben, dann haben auch didak-

³ Das Ministerium hat eigene z.T. unrealistisch hohe Vorgaben bezüglich der Zahl der Studienplätze formuliert, was die Rektorate kritisieren.

⁴ Vgl. meine Überlegungen Vorwissenschaftliche schriftliche Arbeit nur Teil der Zentralmatura? (2012)

tische wie inhaltliche Innovationen in der Lehre eine reelle Chance. Die Studienplatzfinanzierung macht jetzt schon eines sichtbar – sie ist kein Instrument, die genannten Voraussetzungen und somit die Qualität des Studiums zu verbessern, so realistisch / pessimistisch wird man wohl sein müssen – sie wird an der Realität von kapazitätsbedingten Verzögerungen, Aussperrungen von Studierenden aus überbuchten LV etc. nichts ändern. Sie wird auch nicht verhindern, dass viele Studierende aus Frustration aufgeben. Die Hochschulpolitik läuft vielmehr Gefahr, sozialselektierende unfaire Strukturen und Mechanismen zu fördern, anstatt nachhaltige Entwicklungen anzustoßen, die die Universitäten öffnen.

Kein Trost – vielmehr eine Warnung: Es ist ein europaweiter Trend, Elitenförderung zu Lasten der Massenstudien zu forcieren/umzuverteilen und insgesamt noch dabei zu sparen: Die Budgetpolitik der EU 2012-15 sieht einen Rückgang der Bildungsausgaben unter dem Titel der Schuldenbremse vor⁵, die Einsparungen seit 2008/9 sind erheblich. Mehr noch: Zum Zwecke der Aufrechterhaltung einer vertikalen Ausrichtung des tertiären Bildungssektors im Sinne des Neoliberalismus kommen insbesondere die Studienrichtungen und Forschungszweige unter die Räder, die sich einer ökonomischen, marktgerechten Verwertung entziehen. Es darf nicht überraschen, wenn orthodox wirtschaftshörige politische Akteure eine Art Strafsteuer (sie wird nicht so genannt, hat aber diese Funktion) für diejenigen Studierenden fordern, die sich bei ihrer Studienwahl einer Unterordnung unter wirtschaftliche Interessen verweigern und sich für so wirtschaftlich und "unnütze" und "blödsinnige" – übrigens ein authentisches Werturteil – Fächer wie Philosophie, Philologie, Soziologie etc. entscheiden.

Die Qualität der Lehre kann auch auf andere Art unter die Räder kommen: Die Gebäude der Masaryk-Universität in Brünn werden derzeit saniert, ein Prozess, der mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird und der Bauwirtschaft ganz wichtige Impulse verleiht. Das Problem, dass der Gebäudesanierung die universitäre Lehre (d.h. die Studierenden und die Lehrenden) im Wege steht, wird so gelöst, dass etwa 50% der Lehre gestrichen und dem "Selbststudium", d.h. der "Lektüre" überantwortet wird. Fast müßig zu erwähnen, dass in erster Linie geisteswissenschaftliche Fächer betroffen sind. Dass die Lehrenden auch nur die Hälfte des Entgelts erhalten und für zusätzliche Betreuungsarbeit durch den Entfall der Lehre keinerlei Entschädigung erhalten, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Politische Verantwortung für die Einhaltung von Verpflichtungen für die Qualität der Lehre und Ausbildung der Studierenden ist auch in diesem Land nicht einzufordern.

Zwei Erkenntnisse als Fazit sind nicht gerade erhebend: Die Hochschulleitungen bekleckern sich selten mit Ruhm und die Qualität der universitären Lehre hat offensichtlich auch international eine schwache Lobby

Wien, März – April 2013

⁻

⁵ http://www.google.at/search?sourceid=navclient&hl=de&ie=UTF-8&rlz=1T4RNQN_deAT472AT474&q= impact+of+the+economic+crisis+on+european+universities

http://www.google.at/search?sourceid=navclient&hl=de&ie=UTF-8&rlz=1T4RNQN_deAT472AT474&q=impact+of+the+economic+crisis+on+european+universities